

VORWORT

Zum vierten Male legt der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen der Weltöffentlichkeit die Dokumentensammlung „Unrecht als System“ vor, deren bisherige Teile in den Jahren 1952, 1954 und 1958 vom Untersuchungsausschuß zusammengestellt und vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegeben worden waren. Die seit Herausgabe des 3. Bandes verflossene Zeit hat das Unrecht und die planmäßige Verletzung fundamentaler Rechtsprinzipien in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nicht geringer werden lassen, so daß auch dieser 4. Band eine Fülle von erschütternden Beispielen aus dem sowjetzonalen Machtbereich enthält.

Auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 wurde die „siegreiche Vollendung des Sozialismus“ verkündet. Was dieses Programm praktisch bedeutete, mußten als erste die Bauern erfahren, als mit Beginn des Jahres 1960 die Zwangskollektivierung in der Zone begann und damit das gesamte freie und selbständige Bauerntum vernichtet wurde. Recht und Gesetz wurden bei Durchführung dieser Sozialisierungsaktion von seiten des Staates und der den Staat beherrschenden SED bewußt mißachtet, Persönlichkeit und Menschenwürde galten nichts. Ende April 1960 konnten die Machthaber feststellen, daß in der Landwirtschaft der SBZ der Sozialismus „siegreich durchgesetzt“ ist!

Der im Jahre 1960 neugebildete Staatsrat unter dem Vorsitz von Walter Ulbricht erließ nach seiner Amtsübernahme eine feierliche Proklamation, in der auch von Recht und Gerechtigkeit die Rede war. Die dann verkündete Amnestie brachte u. a. auch etwa 3000 politischen Gefangenen des Zonensystems ihre Freiheit zurück, und Anfang 1961 schien es sogar, als sollte eine gewisse grundsätzliche Milderung in der Justiz- und Verwaltungspraxis eintreten. Diese Hoffnung wurde bald gründlich zerstört.

Obwohl der 1. Sekretär der SED und Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht noch kurz vorher die gewaltsame Trennung der deutschen Menschen in Berlin weit von sich gewiesen hatte, wurde am 13. August 1961 eines der unmenschlichsten kommunistischen Bauwerke errichtet: die Mauer in Berlin und die Stacheldrahtverhaue, Minenfelder und Maschinengewehrstellungen an den Grenzen zwischen West-Berlin und der Zone. Mit unversöhnlicher Schärfe setzte der Terror auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens neu ein und forderte Tausende von Opfern. Die Gefängnisse und Zuchthäuser füllten sich mit Menschen, die ihre Meinung zu dem brutalen Vorgehen am 13. August zu äußern gewagt oder versucht hatten, sich und anderen Informationen aus dem Freien Westen zu verschaffen. Unter Berufung auf die „sozialistische Gesetzlichkeit“ wurden **Todesurteile und langjährige Zuchthausstrafen verhängt. Den bisherigen Höhepunkt bildete die „Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung“ und ihre Anwendung gegen Bürger, denen eine Straftat nicht nachzuweisen war, die aber verbannt und zu Zwangsarbeit verurteilt wurden, weil sie den Parteischeren als gefährlich erschienen. Damit hat der**